

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	68 (1974)
Heft:	7-8
 Artikel:	NATO und Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland
Autor:	Liesegang, Konrad
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-142378

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

minister, Senator Willesee, gab vor der Versammlung der Konferenz bekannt, sein Land betrachte einen 12-Meilen-Gürtel als Territorialzone und dazu eine Wirtschafts- oder Ressourcen-Zone, die sich 200 Meilen in die See erstrecke, als gerecht und hoffe, für diese Auffassung internationale Zustimmung zu finden.

Senator Willesee machte den Vorschlag, der Küstenstaat solle für die 200-Meilen-Wirtschaftszone allein berechtigt sein, nach Ressourcen zu forschen und sie auszubeuten. Doch sollten andere Staaten das Recht haben, diese Zone zu befahren und zu überfliegen.

Der Küstenstaat muß, nach Senator Willesee, auch die Verpflichtung und Verantwortung für die Wirtschaftszone übernehmen, besonders was die Erhaltung nicht ersetzbarer Ressourcen und die Verhinderung einer Verschmutzung des Meeres angeht.

Was die Fischerei-Rechte betrifft, vertrat Senator Willesee die australische Auffassung, wonach der Küstenstaat allein berechtigt sein soll, für seine 200-Meilen-Zone das Höchstmaß an Fängen festzusetzen, mit der Erlaubnis an andere Länder, vom Küstenstaat nicht beanspruchte Fänge zu tätigen.

Senator Willesee erklärte ferner, Australien vertrete zwar an der Seerechts-Konferenz seine eigenen Interessen, sei aber durchaus bereit, die Ansprüche von Archipel-Staaten auf die an die Inseln grenzenden Teile des Meeres anzuerkennen.

Vor seiner Abreise an die Konferenz erklärte der Senator, Australiens Hauptziel sei, in einem universellen Abkommen die wesentlichen Bestandteile der australischen Interessen zu sichern. «Wir hoffen, die Ergebnisse der Konferenz werden unsere legitimen Rechte entlang unserer äußerst extensiven Küstenlinien und der weiten Kontinental-Shelf-Zone sichern. Australien, sagte Willesee, erstrebe ein Gleichgewicht zwischen den weiter reichenden Forderungen der großen Seemächte einerseits und den Ansprüchen der weniger entwickelten und geografisch benachteiligten Nationen anderseits. Ein Mißerfolg in der Erzielung vernünftiger Kompromisse könnte zu einem gefährlichen Wettrennen der Nationen und Raubbau an den Meeresressourcen führen.

«Australian News», 4. Juli 1974

NATO und Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland

Von den Bonner Parteien werden noch immer an allen möglichen, selbst an den lebenswichtigsten Etatposten Abstriche gemacht, nur nicht an dem am meisten aufgeblähten Rüstungsetat. Dabei hatte Fritz Erler im Bundestag in der Aufrüstungsdebatte schon die unumstößliche Dia-

gnose gestellt, deren Richtigkeit jedermann schon von Jahr zu Jahr und Monat zu Monat empfindlicher und erschreckender zu spüren bekommt:

«Die Aufrüstung wäre der Selbstmord Deutschlands!»

Heinemann legte augenblicklich, als er von der heimlichen Aufrüstung erfuhr, das Amt des Innenministers und die Mitgliedschaft in der durch sie zu einem betrügerischen Unternehmen gewordenen «christlich-demokratischen» (!) Union nieder. Und sein erstes Wort an die Öffentlichkeit nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten war, er hoffe auf den Tag, wo die Bundeswehr sich in Frage stellen könne. Sodäß zu erwarten ist, daß das, was er als Bundespräsident geleistet hat, längst noch nicht sein Letztes gewesen ist.

Daß unser Volk des Wirkens berufener Politiker besonders bedarf, zeigt sich an den durch die Unzulänglichkeit der Parteipolitiker erzeugten und immer gefährlicher zunehmenden Spannungen. Schon wissen die sich christlich nennenden Parteien mit den der Opposition gegebenen parlamentarischen Möglichkeiten so gut wie gar nichts mehr anzufangen, sodaß sie mit dem Ausklügen von Spitzfindigkeiten zum Stimmenfang nicht mehr weit entfernt von Obstruktion sind. Und sie würde doch Werbung für zerstörerische Mächte bedeuten. Was daraus heute entstehen könnte, wo die zum Selbstzweck ausgearteten Rüstungen sogar den Staaten bereits über den Kopf gewachsen sind und also, wie die anderen multinationalen Konzerne, von niemand mehr zu bändigen sind, wird jeder politisch mündige Mensch sich selbst sagen können.

Kriegsdienstverweigerung

Wie geladen die von den Bonner Monopolparteien nicht mehr zu meisternde Situation bereits ist, zeigt sich auch an der Nervosität, die das Recht zur Kriegsdienstverweigerung ihnen verursacht. Sie ahnen offenbar, daß seine Wirkung bei seiner Wahrnehmung durch einige Zehntausende nicht aufhört. Was sie zu Kurzschlüssen und selbst dazu verleitet, ihren Verteidigungswahn schon mehr auf die Kriegsdienstverweigerer als auf die unauffindbaren Bedrohungen von außen zu richten. Womit sie sich mehr, als andere es könnten, ins eigene Fleisch schneiden. Denn je mehr sie den Kriegsdienstverweigerern das verfassungsmäßig verbrieft Recht zu nehmen suchen, um so mehr tragen sie durch die widersprüchlichen Argumente, die sie sich dafür zurecht machen müssen, zur Enthüllung der Fragwürdigkeit ihrer Haltung und der Unrechtmäßigkeit ihres Vorgehens bei.

Daß das Grundgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeführt hat, macht es zu einer der fortschrittlichsten aller Verfassun-

gen. Denn damit gesteht es den Bürgern einen **Ausweg aus dem Circulus vitiosus** zu, auf den jede geschlossene, institutionell eingeschlossene Gesellschaft, also auch jeder als Selbstzweck begriffene Staat, hinauskommen mußte.

Ein Staat dagegen, der seine Bürger nicht mehr absolut auf die geschriebenen Gesetze festlegt, als ob sie Letztes und wichtiger als das Leben selbst seien, gibt ihnen das erste der Menschenrechte: das Tabu, das Unrecht, das zum Fundament jedes Rechtsgebäudes gehört, nicht mehr für sakrosankt halten zu müssen. Womit der Staat sich selbst einen ebenso großen Dienst erweist. Denn nur durch die Überwindung seiner Vergötzung, nur durch seine Relativierung ist seine Qualifizierung, seine Brauchbarkeit für das Volksleben, für die Förderung der Menschlichkeit zu erreichen.

Tatsächlich ist die Konstituierung der materiellen Rechte nicht anders möglich, als daß sie aus der Unfaßbarkeit des Gesamtgeschehens herausgerissen werden, was ein gewisses Sichvergreifen an allem möglichen, auch an den Menschenrechten, mit sich bringt. Was die Staaten aber bisher noch nie gekümmert hat, weil sie von den Menschenrechten sowieso nur so viel gelten ließen, wie als Anhängsel an ihre Rechtssysteme tragbar war und ihre Tabus nicht relativierte. So ist es etwas völlig Neues, geradezu ein Beitrag zur Herausentwicklung der Geschichte aus der Untermenschlichkeit, daß das Grundgesetz der BRD eine die staatliche Selbstherrlichkeit sprengende Konzession an die autonomen Menschenrechte machte und die Bürger indirekt an der Entscheidung über Krieg oder Frieden beteiligte. Mit dem Recht zur Kriegsdienstverweigerung wird ihnen das Recht eingeräumt, in den letzten Fragen, die durch die Problematik des Staates aufgeworfen werden, das persönliche Gewissen dem unpersönlichen Bekenntnis- und Gehorsamszwang vorgehen zu lassen.

So wird alles, was das Bonner Grundgesetz sonst noch an Positivem enthält, übertroffen durch das Recht zur Kriegsdienstverweigerung. Denn damit ermöglicht die Bundesrepublik ihren Bürgern auch die Teilnahme an der in der ganzen Welt nötigen Gewissensentwicklung und Rechtsqualifizierung, ohne die der Übergang von den vorgeschichtlichen zu den geschichtsmäßigen Verhältnissen nicht denkbar ist. Und einen anderen Weg, dem fatalen Auslauf der im abstrahierten Betrieb herrschenden Selbstvernichtungstendenzen in den Kollektivselbstmord zuvorzukommen, gibt es nicht.

Die Parteien zur Kriegsdienstverweigerung

Die vier Parteien, die sich das Bonner Parlaments- und Regierungsmonopol verschafften, konnten in der Gesichtsfeld- und Gesinnungseinengung, in die sie sich damit begaben, die weltpolitische Bedeutung

des Rechts zur Kriegsdienstverweigerung natürlich nicht erkennen. Also konnten sie nur vom vorgeschichtlichen Standpunkt aus darauf reagieren und es so weit wie möglich einzuschränken suchen, um die Fragwürdigkeit der Bundeswehr nicht auffallen zu lassen.

Beim besten Willen ist es ihnen doch noch immer nicht gelungen, fremde Völker mit ideologischen Angriffen oder sonstiger Verteufelung zu provozieren und sich einen Vorwand für die Anwendung der Rüstungen zu verschaffen. Selbst die Vergeudung immer riesigerer Summen von Staatsgeldern für ihre immer unsinnigere Steigerung kann keinen vernünftigen Menschen mehr über ihren Anachronismus täuschen. Die Zeiten, wo der Krieg der «Vater aller Dinge» war und man sich sogar den Frieden nur als ein Werk des Krieges — *si vis pacem para bellum* — und daher nur als Gelegenheit zum Rüsten für weitere Kriege vorstellen konnte, sind endgültig vorbei. Seitdem die Menschheit die Erde umspannt und jeder der Nachbar von allen ist, kann die kleinste Wohltat eines Einzelnen der Allgemeinheit zugute kommen, aber auch jedes Verbrechen, das er an irgendeinem Menschen oder Volk begeht, über die Allgemeinheit, die er damit verletzt, potenziert auf ihn selbst zurückfallen. Hinzu kommt die Gefahr, daß jeder Krieg heutzutage in einen atomaren Weltkrieg, also in den Kollektivselbstmord der Menschheit auszarten droht.

So sitzt Bonn nun in der mißlichen Lage zwischen der zur Lösung nationaler wie internationaler Probleme nicht zu gebrauchenden Bundeswehr und den Staatsaufgaben, die nicht erfüllbar sind, weil die für sie nötigen Mittel für die im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung, zur Vernunft und zum Grundgesetz hergestellte Bundeswehr vergeudet werden.

Daß unsere vier Monopolparteien sich dessen nicht genügend bewußt sein können, möchte ich dahingestellt sein lassen. Sicher aber ist, daß sie auf die fragwürdige Lage, in die sie den Bonner Halbstaat gebracht haben, noch nie vernünftig, sondern immer nur unvernünftig oder gar widersinnig reagiert haben. Und in jüngster Zeit setzten sie dem noch die Krone auf mit der systematischen Bekämpfung der aufgewecktesten unter den jungen Menschen, die das im Grundgesetz verbriefte Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, und damit zur Erfüllung der für die Zukunft grundlegenden Menschenpflicht, in Anspruch nehmen.

Aber auch mit der Diskriminierung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer läßt sich doch nicht verschleiern, daß alle Krisen der Bundesrepublik — nicht nur die ökonomischen, sondern vor allem auch die des Erziehungs- und des Bildungswesens überhaupt — zum großen Teil durch die atavistische Existenz des Bundeswehr bedingt sind. Schon bekommt die Mehrheit der Bevölkerung die Richtigkeit der von Pius XII

und Fritz Erler gestellten Prognosen (Alle auf den Satz: «si vis pacem para bellum — wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg — gegründete Politik muß den Bankrott anmelden) in immer erschreckenderer Weise an Leib und Seele zu spüren. Und weil immer deutlicher wird, daß Krieg in Europa nicht mehr möglich ist und dem kulturellen Aufschwung, der an seiner Stelle notwendig ist, nichts so sehr im Wege steht wie die abstrahierte Bundeswehr samt den an sie geketteten Denkweisen, hat man nun den Kampf gegen die Kriegsdienstverweigerer als Ablenkungsmanöver gestartet.

Als ob sie schuld daran wären, daß die vorgeschichtliche Ära zu Ende geht. Weil der fällige Übergang in die geschichtsmäßige Ära nur denen möglich ist, die es zur Erhabenheit über den Waffengebrauch als Ersatz für politische Fähigkeiten und über die Dinge, deren Vater der Krieg war, gebracht haben, suchen die Ewiggestrigen sich nun an den Kriegsdienstverweigerern für ihre Zurückgebliebenheit in den längst kontraproduktiven Machtpositionen zu rächen.

Und keine Möglichkeit, sich von Grund aus unglaublich zu machen, lassen sie dabei aus. «Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden», sagt das Grundgesetz (Art. 4, 3). Woraufhin die Bonner Parteien, um möglichst vielen Bürgern die Wahrnehmung dieses Rechts unmöglich zu machen, sich das Recht zur Prüfung ihres Gewissens anmaßen. Wobei sie sogar außer Acht lassen, daß diejenigen, die diese Prüfung in ihrem Interesse vorzunehmen haben, niemals auf ihre Fähigkeit dazu, und schon lange nicht darauf geprüft worden sind, wie weit sie selbst Gewissen haben und charakterlich gebildet genug sind, es unter allen Umständen vorurteilsmaßiger Betätigung vorgehen zu lassen.

Gerade dies ist aber offensichtlich nicht der Fall. Denn schon jedem einfachen Menschen, der es zur Mündigkeit gebracht hat, sagt doch der Common sense, daß nicht das Gewissen derjenigen fragwürdig ist, die es nicht über sich bringen, Menschen, die ihnen nichts getan haben und die sie nicht einmal kennen, umzubringen, sondern das Gewissen derer geprüft werden müßte, die sich dazu hergeben, womöglich gar auf Befehl von Elementen wie Leber, Strauß und Co.

Und der Gipfel staatlich sanktionierter Unverschämtheit ist es, Kriegsdienstverweigerern Feigheit vorzuwerfen. Schließlich gehört mehr persönlicher Mut dazu, in einer von der Gewissenlosigkeit angeführten Gesellschaft dem Gewissen getreu Zivilcourage zu beweisen, als mit dem Strom zu schwimmen und besinnungslos zu ihrem Lauf zum Abgrund beizutragen. Und besonders in Deutschland, das in zwei Weltkriegen nichts anderes als die Selbstvernichtung erreicht hat, ist es doch geradezu ein Zeichen von Schwachsinn oder völliger Unbildung, wenn jemand sich unter den heutigen, den vorgeschichtlichen Bedingungen noch wei-

ter entrückten Verhältnissen noch etwas für unser Volk von militärischer Rüstung und Weisheit versprechen kann.

Jedermann, der sein Gewissen an einen anderen abtritt, und selbst wenn dieser einen noch so hoch dotierten Staatsposten innehat, disqualifiziert sich nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Mensch. Er ist ein Feigling erster Klasse. Während derjenige, der sich weigert, einem andern, der Machtmittel usurpiert hat, zu gehorchen, wenn er ihm befiehlt, Unrecht zu tun oder gar zu töten, staatsbürgerlich und menschlich qualifiziert ist. Und das trifft selbst dann zu, wenn er die Gründe für seine Haltung nicht formulieren kann oder wenn er aus reiner Angst handelt. Instinktive Angst der Kreatur vor dem Kriege, für den sie nur als Kanonenfutter in Betracht kommt, hat immer noch mehr mit der Menschlichkeit zu tun als die ausgeklügeltste Strategie und Taktik derer, die andere Menschen für ihre Interessen aufs Schlachtfeld schicken.

Tatsächlich sollen die Schulen der Bundesrepublik jetzt sogar dazu angehalten werden, «Wehrfreudigkeit» zu erzeugen, während die Instruktionsoffiziere schon den Rekruten gegenüber in die größten Schwierigkeiten geraten, wenn sie ihnen erklären sollen, wozu die Bundeswehr da ist. Schließlich hatte (laut «Frankfurter Rundschau») der heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt vor sechs Jahren schon die volle Wahrheit gesagt: «In zehn Jahren ist die NATO zerbröckelt, Amerika hat sich in Vietnam abgenutzt, und die Bundesregierung sitzt womöglich als Psychiater am Krankenbett des amerikanischen Präsidenten. Das Gleichgewicht der Kräfte ist hinüber, und wir sitzen machtlos in der Mitte. . .»

Welch eine Sehergabe, selbst bei Helmut Schmidt! — Und welche Unfähigkeit, so richtigen, klaren Erkenntnissen in der Praxis zu entsprechen! Sechs Jahre mindestens wußte Helmut Schmidt also schon über die NATO und die USA Bescheid. Und wieviele Milliarden hat er trotzdem als Finanzminister in diesen Jahren der «zerbröckelnden» NATO und den nicht minder fragwürdigen USA in den Rachen geworfen! Und es war doch das Geld des Volkes, das auch noch für die Bundeswehr vergeudet wurde, während es für die wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben fehlt. Und was hat er außerdem schon als Verteidigungsminister an Prestige-propaganda in die Bundeswehr gesteckt, obwohl deren Schicksal von dem der NATO nicht zu trennen ist. (Schade, daß Herr Schmidt die Diagnose wohl nicht gelesen hat, die ich der NATO 1957 im Maiheft des «Militärpolitischen Forums» stellte!)

Als er noch Verteidigungsminister war, habe ich ihm zweimal geschrieben (wofür er mir danken ließ): «Wir wollen hoffen, daß Sie es nicht zum zweiten Noske bringen! Das Zeug dazu hätten Sie.» — Noske hat doch das Wehrministerium zu Beginn der Weimarer Republik auch

nicht aus Sorge um Volk und Staat übernommen, um die damals wild gewordene Soldateska zu bändigen ... Er sagte sogar wörtlich: «Einer muß doch den Bluthund machen.»

Selbst als Bundeskanzler sucht Schmidt noch mit Kasernenhofallüren über seine seit mindestens sechs Jahren schon bestehende Skepsis den amerikanischen Verhältnissen gegenüber, für die er sich immer noch wider besseres Wissen stark macht, hinwegzutäuschen und hinwegzukommen. Was dadurch erst ganz gefährlich werden kann, daß er Gefahr läuft, von seinen Machtträumen mitgerissen zu werden. Jedenfalls ist der Schlußsatz des oben angeführten Zitats bemerkenswert:

«... Das Gleichgewicht der Kräfte ist hinüber, und wir sitzen machtlos in der Mitte. Ich muß an Bismarck denken (!), der saß in den achtziger Jahren auch so in der Mitte ...»

So muß ich nun wieder an Marie-Elisabeth Lüders denken, die Schmidts Vorgänger Adenauer 1956 in der Wehrpflichtdebatte des Bundestages entgegenrief:

«Wir werden von der Schizophrenie regiert!»

Auf meine briefliche Zustimmung schrieb sie mir am 30. Sept. 1956: «Leider ist Vernunft nicht lehrbar, bestenfalls ist Erziehung zu größerem Verantwortungsgefühl möglich. Man kann nur immer wieder bedauern, daß den meisten Menschen Moral und Mut fehlt.»

Der geschilderte Fall Helmut Schmidt spricht doch Bände. Ob er wohl dazu beitragen wird, unserm Volk die Augen zu öffnen?

Ein Mann, der vor mindestens sechs Jahren schon klar sah, daß die Bundesrepublik auf dem NATO-Wege der Selbstvernichtung entgegengeht, bringt es nicht fertig, den logischen Schluß daraus zu ziehen und sich um einen richtigeren Weg für sie zu bemühen. Am Ziel seines Strebens, am Drücker des Machtapparates angekommen, geht ihm dessen Bedienung über alles. Er läßt den Hang zum Managertum mit sich durchgehen, obwohl er doch sicher wie jeder Zeitungsleser mit intaktem Gedächtnis weiß, welches Schicksal Deutschland von den NATO-Verbündeten zugesetzt ist.

Als die Aufrüstungsdebatte im Bundestag begann, schrieb mir ein ehemaliger General: «Ich als alter General muß Ihnen sagen, daß die Aufrüstung ein absoluter Unsinn ist, denn die schmale Bundesrepublik ist militärtechnisch überhaupt nicht zu verteidigen». Woraus nicht nur dieser Mann den logischen Schluß zog, daß es für Deutschland keine andere Möglichkeit zu seiner wirklichen Verteidigung gibt, als sich mit aller Kraft für die Verhinderung jeglichen Krieges in Europa einzusetzen.

Zwar reden auch die in Bonn arrivierten Parteien samt den durch sie wieder zu Amt und Würden gekommenen Militärs denen gegenüber,

die es hören wollen, in diesen Tönen und behaupten, ungeachtet der Adenauer und Co. im Bundestagsplenum von Marie-Elisabeth Lüders gestellten Diagnose, daß die Bundeswehr ja gerade dazu, den Frieden zu sichern, notwendig sei. Abgesehen davon, daß kein vernünftiger Mensch einen derartigen Unsinn schlucken kann, muß er doch schon aufhorchen, wenn von «**Sicherung des Friedens**» die Rede ist.

Wo ist denn — und gar in der Bundesrepublik, wo einer der Teufel des anderen ist und selbst die vier unter der Bonner Decke steckenden Monopolparteien sich nicht genug tun können, dem Konkurrenzneid zu frönen und den Haß gegeneinander zu praktizieren — der Friede oder nur das, was sie als «Frieden» zu verkaufen wagen? Die «herrschenden» Verhältnisse haben doch mit dem, was Frieden eigentlich ist, mit dem sinnvollen Zusammenleben auf dem Boden der Menschenrechte, nicht das Geringste zu tun. Da sie aber auf die Ausnutzung der Selbstvernichtungsmöglichkeiten der Menschen angewiesen sind, bedürfen sie zu ihrer Aufrechterhaltung natürlich der militärischen Verteidigung und Aggression gegen das Aufkommen der Vernunft, des Common sense, der Zivilcourage und der übrigen Voraussetzungen des wirklichen Friedens.

Wenn Politiker von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens durch militärische Rüstungen reden, so haben sie nichts von den eigentlichen Möglichkeiten der Politik, in der es um die Verstärkung der Nachbarschaft aller Menschen, also um das Gegenteil dessen geht, was Militärs anrichten und verteidigen können, begriffen, gehören also zu den unmündigen unter den Staatsbürgern.

Tatsächlich begehrten sie im Bundestag nicht einmal auf, als Adenauer ihnen mit ernstester Miene vorredete, nur die Aufrüstung und die NATO könnten die Wiedervereinigung ermöglichen. Fünfundzwanzig Jahre sind seitdem vergangen, und wir sind der Wiedervereinigung ferner als je. Wovon die CDU/CSU wiederum mit Adenauerscher Unverfrorenheit abzulenken suchen, indem sie die gegenwärtige Regierung für die Folgen des Unsinns, dessen Praktizierung sie mit der Aufrüstung und dem Eintritt in die NATO einleiteten, und für die darüber hinaus planmäßige Verhinderung der Wiedervereinigung verantwortlich machen.

Dabei hätten die Bonner Monopolparteien von dem Augenblick an, da das Deutschland von der NATO bestimmte Schicksal sogar in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, pflichtgemäß doch wohl alles daran setzen müssen, die Bundesrepublik aus der NATO zu befreien. Tatsächlich ist Deutschland zu seiner «Verteidigung» von der NATO die «Aufgabe» zugeschrieben, im Fall eines Krieges im Interesse seiner Verbündeten in eine radioaktive Sperrzone verwandelt zu werden. Der «Stern» kannte seinerzeit diese Pläne, in denen alle Städte, Industrie-

anlagen usw., die zur Bombardierung ausersehen, samt den Zielvorschriften vermerkt sind. Und selbst die Beteiligung der Bundeswehr an dieser Form der «Verteidigung» Deutschlands war vorgesehen, was Bundespräsident Lübke in einer Rede an Bundeswehrsoldaten zum Besten gab: sie müßten darauf gefaßt sein, **auch Bomben auf deutsche Städte werfen zu müssen, wenn die Verteidigung «westlicher Interessen» es erfordere.**

Deutschland
kommt in den Genuß amerikanischer Verteidigungsmethoden

Womit uns bereits die Chance gegeben ist, so weit in den Genuß amerikanischer Denkweise und «Verteidigungsmethoden» zu kommen, wie jener amerikanische Major sie praktizierte, der nach Bombardierung einer vietnamischen Stadt in aller Öffentlichkeit erklärte, **er habe sie zerstören müssen, um sie zu «retten».**

Und wer danach an der Bedrohlichkeit der «herrschenden» Verhältnisse für Deutschland noch zweifelt und die sogar «militärische Verteidigung» solchen «Friedens» für notwendig hält, sei nur noch an das **Versprechen Nixons** nach Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam erinnert, **er werde nun die «Friedenspolitik», die er in Vietnam praktizierte, auch Europa und der übrigen Welt zugute kommen lassen.**

Wenn man dazu die innenpolitische Ausweglosigkeit Nixons und die Art seiner charakterlichen Reaktion auf sie bedenkt, wäre doch selbst die Möglichkeit, daß er sich dem Zwang zur Abdankung durch einen globalen Amoklauf mit Atombomben zu entziehen versuchte, nicht auszuschließen.

Ist es nicht höchste Zeit für Helmut Schmidt, jetzt der Vision, die er vor sechs Jahren hatte, zu entsprechen und sich als Psychiater für Nixon zu betätigen, statt die deutsche Politik weiterhin auf die amerikanischen Verhältnisse auszurichten, die in einem Nixon gipfeln?

Vielleicht könnte der Bundeskanzler Schmidt sogar dem Kuratorium Unteilbares Deutschland dazu verhelfen, seinem Namen doch noch Ehre zu machen, indem er es an der Aufgabe beteiligte, **die unteilbare Untergangsgefahr, die unserm Volk von Amerika und der NATO droht**, von ihm abzuwenden. In Hamburg hat er sich ja schon einmal in einer ähnlichen Situation bewährt.

Cala Ratjada (Mallorca), 24. Juni 1974

Konrad Liesegang